

# „Umgehung rechtzeitig planen“

**ANTRAG** CDU sieht Handlungsbedarf für eine um Kirchhatten führende Trasse

Bis zur Umsetzung werde es mindestens 15 Jahre dauern. Das Land soll die Kosten tragen. Die Gemeinde soll rechtzeitig planen.

**KIRCHHATTEN/KOS** – Die Hater CDU setzt sich weiterhin für den Bau einer Umgehungs- oder Entlastungsstraße für den Ort Kirchhatten aus. Wie Gemeindeverbands-Vorsitzender Manfred Huck mitteilte, werde sich der CDU-Landtagskandidat Ansgar Focke, wenn er im Januar den Sprung nach Hannover schafft, für die Ausweisung entsprechender Mittel im Landesetat einsetzen.

Zwei Landesstraßen, die L 781 und die L 782, kreuzen sich im Ort, die L 888 endet hier. Mit ca. 9000 Fahrzeugen am Tag sei Kirchhatten einer außerordentlichen Verkehrsbelastung ausgesetzt, erklärt die CDU. Den Prognosen zufolge werde der Verkehr um jährlich ca. 2,4 Prozent zunehmen. Die Zahl der Lastkraftwagen, die den Ort durchqueren müssen, habe hier einen großen Anteil. Nach Annahme der IHK wird der Verkehr auch wegen des Jade-Weser-Ports überproportional anwachsen. Die Sandgruben um den Ort herum sorgten für zusätzliche Belastung.

Diese Zahlen belegen nach CDU-Ansicht, dass in Kirchhatten zweifelsohne Hand-

lungsbedarf bestehe. Vor dem Hintergrund, dass ein Entwicklungs- und Verkehrskonzept erstellt wird (die NWZ berichte), sei eine rechtzeitige Planung für eine Umgehungs- oder Entlastungsstraße in den Ortsentwicklungsplan einzuarbeiten. Die künftige Trasse müsse von sämtlicher Bebauung frei gehalten werden. Auch Gewerbeansiedlungen seien besser an den Autobahnanschlüssen anzusiedeln. Die Binarbeitung von Kreisverkehren und ähnlichem sollte den dann Handelnden bei der Realisierung in etlichen Jahren vorbehalten bleiben.

Zu den Kosten könne im Moment nichts gesagt werden. Die CDU-Fraktion geht

jedoch davon aus, dass sie vom Land getragen werden, da es sich um Landesstraße handelt. Die CDU will ihren Antrag vor dem Hintergrund verstanden wissen, dass eine solche Umgehungsstraße 15 Jahre und mehr brauche, um umgesetzt zu werden. Deshalb müsse sie auf den Weg gebracht werden, um in der Prioritätenliste der Landesregierung, und damit bei den Kostenträgern, aufgenommen zu werden. Außerdem brauchte man nicht mit enormen gemeindeeigenen Finanzmitteln den Ortskern umgestalten. Andere Orte wie zum Beispiel Visbek und Berne hätten für ihre Umgehungsstraßen 20 Jahre und mehr gebraucht.